

Warum habt ihr das nicht verhindert?

ÖkonomInnen aller Länder huldigen der neoklassischen Wirtschaftslehre. Welche Konsequenzen die Schulmedizin unter den Wirtschaftstheorien hat und warum der Kapitalismus kein Naturgesetz ist, erklärt Joseph Vogl. Der Berliner Literaturwissenschaftler hat einen richtungsweisenden Essay über die Absurdität der modernen Wirtschaftswelt vorgelegt.

PAUL AIGNER

Es fängt ja schon bei den Begriffen an. Von „Vollbeschäftigung“ sprechen ÖkonomInnen bei drei Prozent Erwerbsarbeitslosigkeit. Von einer Krise sprechen sie nicht erst bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistung, sondern schon bei „Nullwachstum“. Und auch eine „Rezession“ ist nicht der Rückgang der Wirtschaftsleistung in einem Land, sondern weniger nationales Wachstum, als in der Weltwirtschaft. Citius, fortius, altius – schneller, höher, stärker, das olympische Motto, ist das Mantra der weltweiten Wirtschaftsentwicklung. Wer da nicht mit dabei ist, verliert alles – das predigt tagein, tagaus die Mainstream-Ökonomie.

Wenn also einmal Krise ist – sprich, zu wenig Wachstum – gibt es VerliererInnen. Auf *Wikipedia* diskutieren UserInnen normalerwei-

se tage-, wochen- und jahrelang über Beistriche und die Wortwahl der Artikel. Ein Satz im Beitrag über die „Wirtschaftskrise“ bleibt aber unwidersprochen: „Insbesondere ärmere Bevölkerungsschichten sind mehrheitlich die Verlierer und leiden am schwersten unter den wirtschaftlichen Folgen der Krise.“ Dieser Umstand zieht sich als roter Faden durch die Folgen der jüngsten US-Immobilien- und Finanzkrise, die zu einer Weltwirtschaftskrise geworden ist. Bankenrettungspakete in Milliardenhöhe und gleichzeitig Managerboni in Millionenhöhe – gerecht ist anders.

Warum habt ihr das nicht verhindert? Aber der Reihe nach: Die Queen geht, nachdem die letzte von den USA ausgehende Finanzkrise zum Jahreswechsel 2008/09 auch in ihrem Königreich angekommen ist, zu einer Veranstaltung der *London School of Economics*, einer der renommiertesten Wirtschaftsuniversitäten der Welt. Sie soll vor

Ökonomie-AbsolventInnen und deren ProfessoRInnen sprechen. Was nicht im Protokoll stand: Ihre Frage ans Auditorium, warum niemand diese Krise vorausgesehen und sie verhindert habe. Die Ratlosigkeit des auf eine förmliche Rede vorbereiteten Publikums spiegelt wider, was die Mainstream-Ökonomie am Höhepunkt der amerikanischen Subprime-Krise zu sagen hatte: nichts!

Von diesem symbolträchtigen Ereignis berichtet der Berliner Literaturwissenschaftler Joseph Vogl in seinem Essay *Das Gespenst des Kapitals*, der jüngst im deutschen Feuilleton für Aufregung gesorgt hat. Der 53-Jährige geht der Frage nach, warum sich die wirtschaftlichen Krisen in den letzten Jahren häufen und warum eine zunehmend formalisierte Wissenschaft wie die Ökonomie nicht in der Lage ist, die Krisen vorherzusagen oder sie zu verhindern.

Der Autor beginnt beim *Spiritus rector* der Mainstream-Ökonomie: Adam Smith. Der war wie Thomas Hobbes Brite. Darüber hinaus verbindet die beiden Moralphilosophen nicht viel. Den größten Widerspruch in den Theorien der beiden großen Denker stellt ihr Menschenbild dar: Während Smith glaubte, dass Menschen nach größtmöglichen individuellen Nutzen streben und dies letztlich für die gesamte Gesellschaft von Vorteil sei, geht Hobbes vom Gegen teil aus: Menschen müssen sich einem Souverän unterwerfen, um ihre widersprüchlichen Interessen im Rahmen seiner Regeln auszuhandeln.

Hobbes' Selbstbeschränkung durch die Abgabe von Entscheidungsmacht steht also die Smith'sche *Rational-choice*-Theorie gegenüber, die davon ausgeht, dass sich Menschen rational, zu ihrem eigenen Vorteil und berechenbar verhalten, was auf gesamtgesellschaftlicher Ebene allen nütze. Smiths „unsichtbare Hand“, die den Markt zum größtmöglichen Vorteil aller Menschen regelt, hat sich zum Klassiker der Mainstream-Ökonomie entwickelt. Erst nach der Weltwirtschaftskrise hat sich der ebenfalls nach einem britischen Ökonomen benannte Keynesianismus etabliert, der einen starken Staat und ökonomische Eingriffe propagierte – wohlgemerkt nicht, um den Kapitalismus abzuschaffen, sondern um ihn zu retten. Keynes' Vorstellung des antizyklischen Wirtschaftens ist zur Grundlage des

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶



ökonomischen Aufschwungs Europas nach dem Zweiten Weltkrieg geworden. Antizyklische Investitionen, also staatliche Investitionen in wirtschaftlichen Krisen und das Zurückhalten öffentlicher Gelder in volkswirtschaftlich guten Zeiten, machten Schule. Keynes spricht in seiner Kritik an der „unsichtbaren Hand“ von der „merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.“

Smiths Siegeszug hält an. Joseph Vogl ergreift Partei für eine interventionistische Wirtschaftspolitik. Er hat die großen wirtschaftlichen Krisen der vergangenen 40 Jahre, die über nationale Grenzen hinaus für Instabilität gesorgt haben, unter die Lupe genommen. Der Autor konstatiert, dass die wirtschaftlichen Verwerfungen mit all ihren dramatischen Folgen von Massenarmut bis zu Massenarbeitslosigkeit einer „self-fulfilling prophecy“ geschuldet seien. Weil sich die ökonomischen Eliten im Sinne des Smith'schen Irrglauens an die unsichtbare Hand des Markts ohne Skrupel egoistisch verhalten konnten, ist die Vernichtung öffentlicher Gelder der letzten Jahre erst möglich geworden.

„There is no alternative“ ist die paradoxeste und gleichzeitig prägendste ökonomische Ansage der nach-keynesianischen Ära, mit deren Konsequenzen sich finanzmarode Staaten bis heute herumschlagen. Verwendet hat Margaret Thatcher, die britische Premierministerin der 80er- und frühen 90er-Jahre, ihren Schlachtruf in Bezug auf Privatisierungen im großen Stil und auf die Befreiung der Märkte von jenen Zügen, die ihnen nach den Erfahrungen der großen Weltwirtschaftskrise der frühen 30er-Jahre von staatlicher Seite angelegt worden waren. Diese neoliberalen Agenda, die mit Abstrichen Programm in allen westlich-industrialisierten Ländern geworden ist, befolgt klare Spielregeln: Deregulierungen der Finanzmärkte bringen Wohlstand für alle. Staatschulden sind das größte Problem der westlichen Wirtschaftswelt. Privatisierungen führen zu effizienterer Verwaltung und zu besseren Leistungen.

WIE FUNKTIONIEREN EIGENTLICH DIE FINANZMÄRKTE?

97 Prozent des weltweit an den Finanzmärkten gehandelten Kapitals hat in der echten Wirtschaftswelt keine Entsprechung. Es gibt den Gegenwert in Form von Produkten, deren Wert steigt und fällt, gar nicht. Womit gehandelt wird, sind Erwartungshaltungen. Wenn ein Wertpapier im Steigen begriffen ist, heißt das, dass es gerade von vielen HändlerInnen gekauft wird. Womit die BrokerInnen reich werden: Sie setzen im richtigen Moment enorme Summen auf das Steigen einer Aktie und setzen sie zum richtigen Zeitpunkt – knapp bevor sie wieder an Wert verliert – wieder ab. Das lässt viel Raum für Spielchen: Multimillionäre haben es in der Hand, nach diesem Muster ganze Währungen zu ruinieren, damit Volkswirtschaften in die Krise zu stürzen und hunderttausende Menschen um ihre Existenzgrundlagen zu bringen. Die Vorstellung, dass es sich bei den BörsianerInnen um rational handelnde Menschen handle, greift Joseph Vogl frontal an. Für ihn gleicht das Wetten auf künftige Kursverläufe „eher einem Schimpansen, der mit verbundenen Augen Dartpfeile auf den Börsenteil einer Zeitung wirft.“



Hohe Steuern vertreiben Reiche. Je schlechter Menschen außerhalb der Erwerbsarbeit leben, desto schneller und nachhaltiger integrieren sie sich wieder in den Erwerbsarbeitsmarkt.

Diese Programmatik zieht sich durch liberale, konservative, sozialdemokratische und grüne Regierungspolitik der letzten 20 Jahre. „There is no alternative“ ist vom Mantra der Neoliberalen zum Mantra der Wirtschaftswelt geworden. Ohne den deregulierten US-Spekulationsmarkt, wo immer neue SchuldnerInnen-Pakete gebündelt, weiterverkauft werden und von wieder anderen BörsianerInnen auf das Scheitern der Rückzahlungen spekuliert wird, keine Weltwirtschaftskrise. Ohne die Privatisierung von Grundnahrungsmitteln in den ärmsten Ländern der Welt, wie jene der Trinkwasserversorgung in Südamerika, keine Allianzen zwischen fragwürdigen rechten und sich links gebärdenden Diktatoren, die den Volkszorn über die Enteignungen für ihren antidemokratischen Kurs zu instrumentalisieren wissen. Und ohne Rot-Grün in Deutschland keine radikale Arbeitsmarktreform, die zwei Millionen Menschen in Ein-Euro-Jobs drängt, von denen sie nicht leben können.

Bankraub ist etwas für Dilettanten. Die Dogmen des ökonomischen Mainstreams verdienen aber eine noch genauere Betrachtung. Rück-

blende nach Athen, 3. Februar 2010: Die EU stellt – erstmals in ihrer Geschichte – die Finanzen eines Mitgliedsstaats unter die Kontrolle der Brüsseler Institutionen. Das Dogma der ressentimentgeladenen Debatte über den EU-Rettungsschirm lautet: Die GriechInnen arbeiten zu wenig, es gibt zu viele Sozialleistungen, jetzt müsse ganz Europa sich verschulden, um den Staat am Peloponnes zu retten. Die Tatsachen: Mit 2.120 durchschnittlichen Arbeitsstunden im Jahr liegt Griechenland im Jahr 2008 an der zweiten Stelle aller OECD-Staaten, die Arbeitsdauer liegt um ein Viertel über jener der ÖsterreicherInnen mit 1.626 Arbeitsstunden. Das Rettungspaket ist für die Gläubigerstaaten ein gutes Geschäft: Wegen ihrer guten Bonität leihen sie sich Geld für 2 Prozent Zinsen aus und bekommen von Griechenland 5–6 Prozent Zinsen zurück. Der deutsche Ökonom Heiner Flassbeck argumentiert, die Steigerung der Lohnstückkosten Griechenlands – die gleichzeitig Indikator für die Sozialstandards und für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind – wäre in Griechenland nur knapp über dem europäischen Durchschnitt gelegen, während Deutschlands Lohnkosten weit unter der in der Europäischen Wirtschaftspolitik vereinbarten Steigerung lagen. Was das, außer einer Zahlewüste, zeigt: So einfach ist das nicht mit den Dogmen und mit der Realität.

„Bankraub ist etwas für Dilettanten. Profis gründen eine Bank.“ Als Bertolt Brecht diesen Satz schrieb, konnte er noch nicht wissen, dass er damit die Stimmung in der Bevölkerung der westlichen Welt anno 2011 auf den Punkt trifft. Denn nach der Überwindung der Bankenkrise ist klar: Es gab tatsächlich keine Alternative zu milliardenschweren Bankenrettungspaketen. Aber genau das ist Ausdruck der wirtschaftlichen Fehlentwicklung, die sich 2009 vom US-Immobilienmarkt ausgehend so dramatisch zugespielt hat. Dabei haben sich die Banken und Kreditinstitute, kurz vor der Pleite, an den SteuerzahlerInnen der westlichen Welt schadlos gehalten. Der logische Schluss, den die ManagerInnen daraus ziehen: Sie können zurück ins Casino, sie können weiterzo-

Fortsetzung auf der nächsten Seite

cken. Und zwar jetzt mit der zusätzlichen Sicherheit, dass sie der Staat auffangen wird, wenn der Einsatz flöten geht.

Vogl macht nicht zuletzt die Digitalisierung der Welt und die daraus resultierende Beschleunigung der Vorgänge an den Börsen für die um sich greifende Spekulation verantwortlich. Manchmal dauert ein Spekulationsvorgang nur wenige Sekunden vom Einkaufen zum Verkaufen der gleichen Wertpapiere. Sind es die richtigen wenigen

Sekunden, winnen für die BrokerInnen enorme Gewinne. Der Autor spricht von einem „Gespensiterreich“, in dem Menschen mit Waren handeln, die es noch nicht gibt, wahrscheinlich niemals geben wird und die auch niemand kaufen will. Das Datum für den Beginn der Währungsspekulation, die die unmittelbarsten und gravierendsten Folgen auf die Betroffenen hat, kann der Berliner Literaturwissenschaftler ebenfalls festmachen: 1973, das Ende des Bretton-Woods-Systems, in

dem sich die Alliierten noch vor Ende des Zweiten Weltkriegs auf feste Wechselkurse der Währungen auf Grundlage des US-Dollars geeinigt hatten.

Als irrational, unkontrollierbar und von egoistischen Mechanismen getrieben, charakterisiert Joseph Vogl den Kapitalismus der Gegenwart. Seine Zuneigung gilt staatlichen AkteurInnen, die im Gegensatz zu privaten GroßinvestorInnen das Gemeinwohl im Sinn haben sollten und deren Machtstruktur demokratisch bestimmt und abgewählt werden kann. Dem Autor gelingt es, ein unzynisches, tiefgehend analytisches und richtungweisendes Werk vorzulegen. Einfache Vorschläge, deren Umsetzung das ungerechte Wirtschaftssystem von heute auf morgen umbauen könnte, legt Vogl allerdings nicht vor. Die Richtung ist dennoch klar: Der moderne Kapitalismus ist für Vogl kein Naturgesetz, sondern eine Ideologie. Und die hält er für nicht vereinbar mit einer gerechten Organisation demokratischer Gesellschaften.

„Was unterscheidet den Kapitalismus vom Kommunismus? Im Kommunismus werden die Betriebe zuerst verstaatlicht und dann ruiniert. Im Kapitalismus werden sie erst ruiniert und dann verstaatlicht“, sagt Vaclav Klaus. Der tschechische Präsident muss es wissen. ▶

Der Autor studiert Politikwissenschaft in Wien.

ÖH Gewinnspiel: warum gehst du zur Wahl?

Schick uns ein Video, einen Text, ein Gedicht, ein Poster, einen Song, ein Bild, ein Foto in dem du erklärst warum es wichtig ist, zur ÖH Wahl vom 24.-26.Mai zu gehen und gewinne:

- 3x2 Tickets für das FM4 Frequency Festival
- 3x1 iPod Shuffle (3rd generation)
- 1 iPod Nano (5th generation)

Einsendungen an gewinnspiel@oeh.ac.at bis zum 25.5.2011, die besten und kreativsten Einsendungen gewinnen!

Rechtsweg ausgeschlossen, Barablässe ist nicht möglich, ehren- und hauptamtliche MitarbeiterInnen der ÖH Bundesvertretung sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Einsendungen werden, wenn sie gut sind, auf der Facebook-Seite und/oder Homepage der ÖH Bundesvertretung veröffentlicht.